

## Konferenz „Soziale Marktwirtschaft“

EINFÜHRUNGSREDE IN DER WARSCHAUER NATIONALBIBLIOTHEK VERANSTALTET VOM INSTITUT FÜR MARKTWIRTSCHAFTSFORSCHUNG DANZIG UND DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN POLEN

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Sehr geehrte Damen und Herren,**

**ich begrüße sie herzlich im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen zu dieser Konferenz, in der wir Antworten zur Frage suchen, wie die Herausforderungen des Marktes und des Sozialen miteinander zu vereinbaren sind? Ich bitte um Verständnis, dass ich nun auf Deutsch weiter sprechen werde, aber ich habe einen Übersetzer mitgebracht.**

Für die Konrad-Adenauer-Stiftung gehört das Thema Soziale Marktwirtschaft zu den wichtigsten Arbeitsschwerpunkten in der weltweiten Tätigkeit. Das hat zwei Gründe:

1. Die Erfahrung der eigenen Erfolgsgeschichte in Deutschland seit 1945 im Rahmen freiheitlicher Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft, also der Verbindung von politischer Teilhabe und Verantwortung der Bürger, von wirtschaftlichem Wohlstand mit sozialer Gerechtigkeit.
2. Die Erfahrung, dass gerade bei schwierigen Entwicklungs- und Transformationsprozessen die Akzeptanz und das Funktionieren von Demokratie in einem engen Zusammenhang mit der Verbesserung der realen Lebensverhältnisse steht, mit der Antwort auf die sozialen Probleme von Armut, Arbeitslosigkeit und der sozialen Spaltung der Gesellschaft

Was meinen wir, wenn wir in Deutschland von Sozialer Marktwirtschaft sprechen, je-

denfalls wenn wir als Christdemokraten von Sozialer Marktwirtschaft sprechen? Der Kern der Sozialen Marktwirtschaft ist, Markt und Wettbewerb für soziale Ziele dienstbar zu machen. Das freie Spiel marktwirtschaftlicher Kräfte, der Wettbewerb ist nicht Selbstzweck, ist auch nicht Ziel an sich, sondern ein Mittel - und zwar ein Mittel, um soziale Gerechtigkeit, um „Wohlstand für alle“ zu erreichen. „Wohlstand für alle“ hieß übrigens der Titel des Bestsellers von Prof. Ludwig Erhard, dem ersten Wirtschaftsminister und späteren Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, einem Christdemokraten.

Dem Staat kommt dabei die Aufgabe zu, der Wirtschaft wenige, aber klare Regeln zu setzen, um so die soziale Funktion des Wettbewerbs zu sichern. Der Staat ist also Gestalter und Träger der Wirtschaftsordnung, nicht Lenker des Wirtschaftsprozesses, der seine eigenen Regeln hat. Der Staat setzt Regeln im Sinne des Gemeinwohls, des Interesses der Allgemeinheit.

Dieses Gemeinwohl ist wiederum Ergebnis einer gesellschaftlichen Diskussion auf der Grundlage von bestimmten Grundwerten, die sich letztendlich aus dem jeweiligen Menschenbild, dem Verständnis von Mensch und Gesellschaft ergeben.

Wichtig ist: Die Funktionsfähigkeit von Märkten kann und darf nicht von der Beschäftigung mit Fragen nach einem menschenwürdigen Leben getrennt werden. Dementsprechend ist die Verwirklichung von

sozialer Gerechtigkeit – nicht egalitär verstanden, sondern im Sinne von Chancen-Gerechtigkeit - auch das bleibende Ziel der Marktwirtschaft. Folglich stehen normative und sozialetische Fragen am Anfang des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft sowie Fragen nach den gesellschaftlichen Zielen.

Die Marktwirtschaft wird eingeordnet in einen politisch definierten Rahmen gesellschaftlich-moralischer Art. Sie wird sozusagen gesellschaftlich integriert. Dahinter steht die Überzeugung, dass ein reiner Ökonomismus viel zu kurz greift. Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als ein nur ökonomisches Konzept. Sie zielt auf die Schaffung einer umfassenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die ökonomische Freiheit ist nur dann sozial, wenn sie eingebettet ist in eine gesellschaftliche Ordnung.

„Freiheit und Ordnung sind kein Gegensatz. Sie bedingen einander. Ordnen heißt in Freiheit ordnen“, schrieb einst Prof. Walter Eucken, Gründervater der so genannten Freiburger Schule des Ordoliberalismus, in seinem Buch über die Grundlagen der Nationalökonomie. Nun wird heutzutage manchmal die Frage gestellt, ob ein solches Ordnungskonzept angesichts der Globalisierung gerade auch im Bereich der Wirtschaft überhaupt noch zeitgemäß ist? Ich bin überzeugt, dass die Soziale Marktwirtschaft trotzdem nach wie vor sehr aktuell ist, denn es geht hier um den Primat der Politik. Der Staat und Staatengemeinschaften wie die Europäische Union haben auch in Zeiten der Globalisierung die ureigene Verantwortung, eine Ordnung zu gestalten, einen Rahmen zu bestimmen, natürlich unter Beachtung der relativen Autonomie der Wirtschaft. Natürlich erfordern veränderte Rahmenbedingungen auch eine Anpassung des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft. Dabei ist eine Unterscheidung von zentraler Bedeutung: Das Ordnungskonzept der Sozialen Marktwirtschaft ist etwas anderes als das des ausufernden Wohlfahrtsstaates, der viele Lebensbereiche von Staats wegen okkupiert und die Bereiche von Wirtschafts- und Sozialpolitik trennt, statt sie integrativ zu verstehen.

Diese Fragen der Zuordnung von Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Herausforderungen der Globalisierung müssen wir genauer diskutieren.

Insgesamt gilt jedoch: Wir sind in Deutschland wie auch bei unserem internationalen Engagement als Konrad-Adenauer-Stiftung mit den kurz skizzierten Grundsätzen Sozialer Marktwirtschaft gut gefahren. Artikel 20 der Verfassung der Republik Polen bestimmt sogar ausdrücklich:

„Die soziale Marktwirtschaft, gestützt auf die Freiheit der wirtschaftlichen Tätigkeit, Privateigentum und Solidarität, Dialog und Zusammenarbeit der sozialen Partner, bildet die Grundlage der wirtschaftlichen Ordnung der Republik Polen.“

Deshalb wollen wir in unserer Arbeit in Polen in verstärkter Weise die Debatte über das Ordnungskonzept der Sozialen Marktwirtschaft anregen. Die heutige Konferenz des IBnGR ist ein Schritt dazu. Im Frühjahr werden wir im Rahmen einer internationalen Tagung in Danzig die Diskussion über die Soziale Marktwirtschaft weiterführen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns eine fruchtbare Diskussion. Es lohnt sich, über die Bedingungen der Möglichkeit einer Sozialen Marktwirtschaft in unserer heutigen Welt eingehender nachzudenken.